



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 261-2020
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2020.RRGR.346

Eingereicht am: 20.10.2020

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Riesen (La Neuveville, PSA) (Sprecher/in)
Gasser (Bévilard, PSA)
von Wattenwyl (Tramelan, Grüne)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 26.11.2020

RRB-Nr.: vom
Direktion: Bau- und Verkehrsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Aufhebung der 1. Klasse im ÖV während der COVID-19-Pandemie

Obwohl empfohlen wird, während der aktuellen COVID-19-Pandemie im Homeoffice zu arbeiten und den Reiseverkehr einzuschränken, sind doch viele Menschen gezwungen, den öffentlichen Verkehr zu benutzen, um beispielsweise zur Arbeit zu fahren.

Fakt ist, dass die Züge wieder sehr gut ausgelastet sind, vor allem auf gewissen Strecken. Auch wenn sich die Benutzung des ÖV mit den empfohlenen Hygienemassnahmen rechtfertigen lässt, müsste die Auslastung aber optimaler sein, denn oft ist die Auslastung in der 2. Klasse wesentlich höher als in der 1. Klasse. Dies zeigt sich vor allem bei Störungen des Bahnverkehrs (annulierte Züge, fehlende Wagen usw.): In der 2. Klasse sind die Menschen regelrecht zusammengepfercht, während es in der 1. Klasse noch freie Plätze hat. Dies ist schon in normalen Zeiten ungerecht, aber während einer Pandemie ist es geradezu diskriminierend, denn wer sich die 1. Klasse nicht leisten kann, ist einem viel höheren Risiko ausgesetzt, sich mit dem Coronavirus anzustecken.

Die Maskenpflicht bewirkt zwar ein tieferes Ansteckungsrisiko, vermag dieses aber nicht ganz auszuschliessen. Der Staat muss die gesundheitlichen Ungleichheiten reduzieren, die sich aus der wirtschaftlichen und sozialen Stellung der Menschen ergeben. Im Kanton Bern und in der Schweiz steigt die Zahl der COVID-19-Fälle derzeit stark an. Weniger betuchte Reisende sind einem grösseren Ansteckungsrisiko ausgesetzt, was sich wiederum auf die ganze Bevölkerung auswirkt. Dies betrifft auch die Benutzerinnen und Benutzer des öffentlichen Verkehrs im Kanton Bern.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass die wie oben beschriebene aktuelle Nutzung der Plätze im ÖV dazu beiträgt, das Ansteckungsrisiko zu erhöhen?

2. Duldet er dieses je nach Finanzkraft der Benutzerinnen und Benutzer unterschiedliche Ansteckungsrisiko?
3. Wird der Regierungsrat bei den Leistungserbringern des ÖV (namentlich bei den SBB und bei der BLS) vorstellig werden, damit diese während der Pandemie die 1. Klasse vorübergehend aufheben?
4. Wird sich der Regierungsrat dafür einsetzen, dass wenigstens die (gemäss den BAG-Kriterien) gefährdeten Personen während der Pandemie die 1. Klasse benutzen dürfen?

Begründung der Dringlichkeit: Die Zunahme der COVID-19-Fälle im Kanton erfordert dringliche Massnahmen.

Verteiler

– Grosser Rat